

Ä3 Kritische Stellungnahme zur Rundfunkreform 2024

Antragsteller*in: Maya Erdmann (BSV Rhein-Berg)

Änderungsantrag zu 8. A5

Von Zeile 1 bis 3:

~~Die 141. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW sich kritisch zu den geplanten Regelungen der Rundfunkreform 2024, Medienpräzens des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks einzuschränken, äußert.~~

Die 143. Landeskonzferenz der Landesschüler*innenvertretung Nordrhein-Westfalen möge beschließen, sich entschieden gegen eine Schwächung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR), durch Rundfunkreformen und für dessen unabhängige, zukunftsfähige und jugendgerechte Ausgestaltung, auszusprechen. Deshalb fordert sie eine grundlegende Überarbeitung und inhaltliche Nachbesserung der Reformverträge.

Begründung

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für viele junge Menschen die erste verlässliche Quelle für politische, kulturelle und gesellschaftliche Informationen. Er soll freien Zugang zu geprüften Inhalten, unabhängig vom Wohnort oder sozialem Hintergrund bieten. Er trägt maßgeblich zur politischen Bildung bei und schafft wichtige Grundlagen für die Meinungsbildung und demokratische Teilhabe.

Die Entscheidung der Ministerpräsident*innen im Dezember 2024, die von der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) empfohlene Beitragserhöhung um 58 Cent pro Monat ab 2025 nicht umzusetzen, stellt einen gravierenden Eingriff in die staatsferne Finanzierung des ÖRR dar und gefährdet dessen politische Unabhängigkeit. Ihre Missachtung widerspricht dem verfassungsrechtlich garantierten Verfahren und setzt die Sender unter finanziellen Druck, mit absehbaren Folgen für Programm, Personal und insbesondere für digitale Bildungsangebote. Statt die empfohlene Finanzierung zu verweigern, sollten die Länder entweder die Beitragserhöhung umsetzen oder gegebenenfalls alternative, staatsferne Finanzierungswege entwickeln. Der Beschluss von Reformen, ohne die Finanzierung des ÖRR bei steigenden Kostenentwicklungen zu berücksichtigen, schwächt den ÖRR. Die Reform dessen darf nicht unter dem Zwang politisch motivierter Sparaufgaben stehen, sondern muss einen echten Beitrag zu einem digitalen, modernen und vielfältigen Angebot leisten.

Gerade junge Menschen sind auf aktuelle, barrierefreie und digitale Informationskanäle angewiesen. Die Einschnitte, insbesondere die Begrenzung presseähnlicher Onlineangebote schränken genau diese Zugänge ein. Der Auftrag des ÖRR muss technologieoffen gestaltet sein. Ein pauschales Verbot presseähnlicher Inhalte im Internet verhindert genau das. Bildung und politische Orientierung verlagern sich zunehmend ins Netz, insbesondere in der Lebenswelt von Schüler*innen. Wenn öffentlich-rechtliche Inhalte dort reduziert oder eingeschränkt werden, sind junge Menschen auf kostenpflichtige oder qualitativ zweifelhafte Alternativen angewiesen. Das gefährdet die Chancengleichheit beim Zugang zu verlässlichen Informationen und schwächt die Medienkompetenz einer ganzen Generation. Die Reformen und Beitragssperren senden somit ein politisch und bildungspolitisch falsches Signal. In Zeiten wachsender populistischer und demokratiefeindlicher Strömungen braucht es nicht weniger, sondern mehr differenzierte, frei zugängliche Berichterstattung, vor

allem für junge Menschen, welche oft die finanziellen Mittel für kostenpflichtige Presseangebote nicht verfügen. Die Interessen junger Nutzender sowie die Perspektiven von Schüler*innen und Auszubildenden müssen daher in die Reformprozesse aktiv einbezogen werden. Bildungs- und Jugendinhalte müssen erhalten und gezielt ausgebaut werden, insbesondere im digitalen Raum.

Die derzeitige Reform beschränkt sich weitgehend auf Kürzungen und Einsparungen, ohne eine inhaltliche oder qualitative Weiterentwicklung zu bieten. Eine solche Reduktion ohne Reformperspektive schwächt den ÖRR und damit ein zentrales demokratisches Fundament. Im Interesse einer starken, informierten und vielfältigen Demokratie sollten wir deshalb eine grundlegende Überarbeitung und inhaltliche Nachbesserung der Reform fordern.

Mit diesen Forderungen schließen wir uns den Stellungnahmen von bspw. ver.di und dem Deutschen Gewerkschaftsbund DGB an. (<https://medien.verdi.de/themen/medienpolitik/++co++088aa7d0-86e6-11ef-958c-4fc05c9c47b9> ; <https://www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++1f3401e0-870c-11ef-b541-49d5235d8a02>)

Die Landesschüler*innenvertretung NRW versteht es als ihre Aufgabe, sich für umfassende politische Bildung, und Informationsgerechtigkeit einzusetzen. Ein starker, staatsferner und jugendorientierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist dafür unverzichtbar.